

Bericht über die Konferenz „SOS – Flüchtlinge in Not! Das Sterben an den Grenzen stoppen“ vom 8.-10.11.2007 in Berlin

Vom 8.-10.11.2008 führten die Ökumenischen BAG Asyl in der Kirche e.V., PRO ASYL, Borderline Europe – Menschenrechte ohne Grenzen e.V. und der Beauftragte für Migration und Integration der EKBO in Verbindung mit dem Kirchenamt der EKD in Berlin eine gemeinsame Konferenz unter der Überschrift „SOS – Flüchtlinge in Not! Das Sterben an den Grenzen stoppen“ durch. Angesprochen waren Engagierte aus der kirchlichen Flüchtlingsarbeit, KollegInnen aus Menschenrechts- und Flüchtlingschutzorganisationen und weitere Interessierte. Es nahmen gut 80 Personen an der Konferenz teil. Vorangegangen war ein vorbereitender Workshop am 31. Mai 2007 unter dem selben Motto, ebenfalls in Berlin, der dazu diente, Fragestellungen und Diskussionspunkte für die Konferenz zu sammeln und das Spektrum an Redebeiträgen dem Informationsbedarf der potentiellen Konferenzteilnehmenden zupassen.

Wichtiges Ziel der Konferenz war es, die Blickwinkel verschiedener Akteure auf das Drama an den EU-Außengrenzen zusammenzutragen und Handlungsbedarf auszumachen mit dem Ziel, einen menschenrechtskonformen Umgang mit Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen zu erreichen, dem täglichen Sterben in den Meeren und an den Grenzen entgegenzuwirken und die diesbezügliche Lobbyarbeit in Kirchen und Organisationen zu verstärken. Das Konferenzprogramm sah deshalb einerseits Information über die Situation an den Grenzen vor, und zwar beispielhaft zu den Regionen Sizilien/Mittelmeerraum, Marokko, Griechenland und Ukraine. Zum anderen gab es zwei Podien und vier Arbeitsgruppen, in denen verschiedene Akteure ihre Positionen zum Thema vortrugen und Ansatzpunkte für Lösungen zur Diskussion stellten.

Mit aktiven Beiträgen vertreten waren neben den Veranstaltern folgende Organisationen: Flüchtlingsinitiative Brandenburg; Churches Commission for Migrants in Europe (CCME); Rat Afrikanischer Christen in Berlin und Brandenburg (RACiBB); Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland; Büro des Bevollmächtigten des Rates der EKD; Evangelischer Entwicklungsdienst (EED); Deutscher Caritasverband; Greenpeace. UNHCR hatte seine Teilnahme ebenfalls zugesagt, musste diese kurzfristig jedoch absagen.

Die große Bandbreite der vertretenen Organisationen ermöglichte ein Crossover zwischen Flüchtlingschutz-, Menschenrechts- und Entwicklungsarbeit mit ökumenischem und internationalem Weitblick. Dies wurde als Chance und als ein für das Thema unabdingbarer Ansatz gewertet, da Lösungen für diese gesamteuropäische Herausforderung nur gemeinsam gefunden werden können und die Analysen und Vorschläge verschiedener Arbeitsbereiche einander dringend brauchen.

So wurde für den kirchlichen Bereich der Wunsch nach einem deutlichen gemeinsamen Wort der großen Kirchen laut, um auf europäischer Ebene mit starker Stimme für ein Ende der humanitären Katastrophe an den Außengrenzen einzutreten. Die zeitgleiche Stellungnahme der EKD-Synode zum europäischen Flüchtlingschutz wurde einhellig begrüßt. Für das Anliegen eines gemeinsamen Wortes der Kirchen wurde weitergehende Lobbyarbeit vereinbart, die seither betrieben wird.

Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und des Flüchtlingschutzes wurden verschiedene bereits entwickelte Ansätze etwa zur Vermeidung von Fluchtursachen diskutiert und punktuell eine engere Vernetzung vereinbart, etwa im Sinne eines runden Tisches. Es wurde angeregt, stärker als bisher in der politischen Lobbyarbeit über die Ebene der Bundespolitik hinaus auch die entsprechenden Entscheidungsträger auf europäischer Ebene im Blick zu haben. Klimaveränderungen als zunehmende Fluchtursache wurde dabei insbesondere durch die Mitwirkung von Greenpeace als ein wichtiger Faktor mit ins Blickfeld gerückt.

Zum menschenrechtlichen Aspekt konnte die Konferenz auf mehrere aktuelle Gutachten zurückgreifen (die Kurzfassungen sind teilweise in der Tagungsdokumentation aufgenommen), die Desiderate und Handlungsbedarf im Bereich von Seenotrettung und Menschenrechtsschutz an den EU-Grenzen aufzeigen. Die AutorInnen waren zum Teil anwesend und konnten ihre Expertise in die Diskussionen einbringen.

Von Seiten vieler Teilnehmender und Mitwirkender wurde die Konferenz als informativ, anregend und fruchtbar für die Weiterarbeit wahrgenommen. Einhelliges Urteil war, dass die Krise an den Grenzen der EU von den politischen Entscheidungsträgern noch viel zu sehr ignoriert und tabuisiert und von der Öffentlichkeit, der Bevölkerung wie auch den Medien, viel zu wenig wahrgenommen wird. Es wurde als Ergebnis der Konferenz deutlich, dass es hier gegenzusteuern und weiterhin für das Thema zu sensibilisieren gilt, so lange, bis ein anderer Umgang mit Migrant*innen und Flüchtling*innen an den Grenzen der „Festung Europa“ erkennbar wird.

Für die Konferenzveranstalter
Verena Mittermaier, BAG Asyl in der Kirche